

Die Versorgung der Städte.

In der letzten Sitzung des Bundes deutscher Städte Oesterreichs wurde auch über die Lebensmittelversorgung der deutschen Städte Oesterreichs eine Debatte abgeführt. Abg. Kraft, der die Verhandlungen einleitete, bemerkte, daß der Bund seine Bemühungen fortgesetzt habe, Verbesserungen in den Zuweisungen an solche Städte und Gebiete zu bewirken, die unter dem Mangel besonders leiden. Der Erfolg war beschränkt. Die Tätigkeit der vom Bund gegründeten Einkaufsstelle wird durch die Haltung der ungarischen Regierung beeinträchtigt, die auf eine fast vollständige Absperrung der ungarischen Grenze hinausläuft, ferner aber auch dadurch, daß die Unzulänglichkeiten und betrügerischen Manipulationen im Nahrungsmittelhandel fortwährend zunehmen und Waren, die nach Muster gekauft sind, in schlechter oder auch undrauchbarer Qualität geliefert werden. Die Einkaufsstelle habe sich auch die Aufgabe gestellt, einen Ausgleich zwischen den einzelnen Ländern Oesterreichs herbeizuführen. Dies werde aber wesentlich erschwert und in letzter Zeit geradezu illusorisch gemacht durch die fortwährend zunehmenden Verkehrsbeschränkungen, durch Ausfuhrverbote von Kronland zu Kronland und durch die vielfach schwerfällige Taktik der Zentralstellen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bezeichnete die Bemühungen der Städteverwaltungen zur Versorgung der Bevölkerung größerer Städte als ein Martyrium der Bürgermeister. Die Bevölkerung sei durch das Verhalten des Parlaments in der Ernährungsfrage sehr enttäuscht werden. Ueberdies habe leider die Preistreiberordnung nicht verhindert, daß der Schleichhandel bei dem jetzigen staatlichen System einen außerordentlichen Umfang angenommen habe.

Bürgermeister Dr. Bornemann (Auffig) beklagte es in scharfen Worten, daß schon einige Monate nach der Ernte Schwierigkeiten in der Mehlbeschaffung eintraten.

In der weiteren Aussprache beteiligten sich Amtsdirektor Freisler (Mährisch-Schönberg), Bürgermeister Gschaidler (Steyr) und Bürgermeister Freiherr v. Weglar (Mlagenfurt). In seinem Schlußwort betonte Abg. Kraft, daß für viele Städte schwere Zeiten anbrechen werden, die Geschäftsleitung werde sich aber bemühen, so gut wie möglich einzugreifen, wenn alle Hilfe versage.

Deutschböhmisches Wunsche.

Die Politischen Tagebücher melden: Der Vorstand der deutschböhmisches Vereinigung hat durch die Abgeordneten Pachter und Summer ein Schreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet, in dem gegen die beabsichtigte Entfremdung des Dr. v. Brügger aus dem Amt für Volksernährung entschiedenst Einsprache erhoben wird. In dem Schreiben wird ausgeführt, daß Dr. v. Brügger seinerzeit aus dem Unterrichtsministerium in das Ernährungsamt berufen wurde, wo er das Departement leitete, und vom Minister Höfer mit Recht als unentbehrlich bezeichnet wurde, weil er neben zahlreichen anderen Agenden von größter Bedeutung seine Tätigkeit insbesondere der Versorgung der nordböhmisches Notstandsbezirke und der Errichtung des westböhmisches Wirtschaftsgebietes widmete, dessen Einrichtungen für die Ausgestaltung eines deutschböhmisches Wirtschaftsgebietes Vorbildlich sein könnten. Die von Dr. v. Brügger getroffenen Verfügungen wären vom vollen Erfolg begleitet gewesen, wenn nicht trotz seiner Gegenvorstellungen im Auftrage des Volksernährungsamtes seitens der Filiale Prag der Kriegsgetreidewerksankalt viele hunderte Waggons Getreide aus dem westböhmisches Gebiet nach Gegenden abgezogen worden wären, die im tschechischen Gebiet liegen und als agrarische Ueberflußbezirke bekannt sind. Dr. v. Brügger hat nun das Verlangen der deutschen Abgeordneten als berechtigt anerkannt und vertreten, daß in Erfüllung der bei der Abdisponierung gegebenen Versprechungen die Rückstellung der entlehnten Getreidemengen erfolge, da durch die Beschaffung der Vorräte eine große Notlage in Westböhmen eingetreten ist. Es scheint nun, daß Dr. v. Brügger durch diese gerechte Haltung einzelnen Persönlichkeiten im Volksernährungsamt mißlieblich geworden ist und daß die Zeit des Wechsels in der Leitung des Amtes benützt wurde, um sich seiner zu entledigen. Es gewinnt auch den Anschein, daß die Schritte gegen Dr. v. Brügger hinter dem Rücken des Präsidenten Paul eingeleitet wurden, um ihn vor die vollendete Tatsache zu stellen, denn der jetzige Präsident des Volksernährungsamtes gilt mit Recht als höchst objektiv und gerecht. Die Zuschrift an den Ministerpräsidenten klingt in dem Verlangen aus, daß der verständnisvolle Organisator des westböhmisches Wirtschaftsgebietes ungestört seiner Aufgabe erhalten werde.